

# Nachrichten für Naunhof

## und Umgegend

(Abrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cöna, Erdmannshain, Fuchs-hain, Groß- und Kleinfleiberg, Klinga, Köthen, Lindhardt, Pomßen, Tharandt, Tharandt s/m.)  
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erstausgabe wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich M. 3.—, jährlich M. 36.— ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren M. 9.75. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die Koppelzeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. 4wöchiger Teil M. 1.50. Reklamazeile M. 1.50. Beilagegebühr pro Hundert M. 2.—. Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages, größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Befreiungen werden von den Anzeigern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Vertrauensamt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güng & Güte, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 111

Sonntag den 18. September 1921

32. Jahrgang

### Amthliches.

Der vom Ministerium des Innern genehmigte 1. Nachtrag zu dem Ortsgesetz über die Anlage, den Bau und den Betrieb der Hausentwässerungen in der Stadt Naunhof, der die Art der Verwendung von Rohren im Innern der Häuser betrifft, wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Der Nachtrag liegt 2 Wochen lang im Meldeamt des Rathhauses hier, Zimmer 11 zu jedermanns Einsicht aus.

Naunhof, am 16. September 1921. Der Stadtgemeinderat.

In der Zeit vom 19. bis 24. d. M. haben sich im Rathhaus, Zimmer 15 zwecks Aufnahme in das Verzeichnis für die Sächsisch landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft alle diejenigen, welche Feld, Wiese, Laub- und Nadelwäldungen und größere Gärten im Besitze oder gepachtet haben und bisher nicht durch Besondere vorgeladen sind, zu melden. Besther oder Pächter von sogenannten Hausgärten scheiden aus.

Naunhof, am 16. September 1921. Der Stadtrat.

### Kleine Zeitung für eilige Leser.

\* Die deutsche Regierung protestierte energisch gegen die Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Sanktionen am Rhein über den 15. September hinaus.

\* Die zur Ruhrbesetzung seinerzeit vorgeschobenen belgischen Truppen sind zurückgegangen.

\* Der bayerische Landtagsausschuß beschloß, von der Regierung zu verlangen, daß sie über die Anschuldigungen gegen Dr. Roth und Voegner Aufschluß gibt.

\* Die englischen Zollbeamten in Opladen wurden abberufen. Die 13. englische Infanteriebrigade räumt die Orte des Landkreises Solingen.

\* Die Entente beabsichtigt gemeinschaftlich mit Amerika in Brasilien eine Konferenz über die Frage der Besatzungskosten abzuhalten.

\* Zwischen Lloyd George und den Franzosen ist es zu einem offenen Bruch gekommen. Die geplante Zusammenkunft findet nicht statt.

### Goldbeschaffung.

Mit der rechtzeitigen Bezahlung der ersten Milliarde, die am 31. August dieses Jahres fällig war, haben die Gold- und Bankiers die Goldsorgen für die Reichsregierung keinen Augenblick nachgelassen. Nicht lange, und sie wird abermals Hunderte von Millionen an die Entente abzuführen haben, und sie muß besonders nach den Erfahrungen im August dieses Jahres darauf gefaßt sein, daß die Schwierigkeiten der Goldbeschaffung mit der Zeit nicht geringer, sondern immer noch größer werden. So kann es denn nicht wundernehmen, daß, wie jetzt amtlich bekanntgegeben wird, in letzter Zeit unter dem Vorsitz des Reichskanzlers mehrere Aussprachen mit Präsidialmitgliedern des Reichsverbandes der deutschen Industrie und mit Vertretern der Banken stattgefunden haben, in denen die ernste finanzielle und wirtschaftliche Lage des Reiches geprüft wurde. Von allen Seiten wurde dabei der gute Wille betont, praktisch und mit besonderen Opfern an dem Problem mitzuwirken und dem Reiche die zur Erfüllung seiner Verpflichtungen notwendigen Mittel zu beschaffen. Die schon weit fortgeschrittenen Verhandlungen werden demnächst mit anderen produktiven Ständen des deutschen Wirtschaftslebens weitergeführt werden. Die Regierung selber kennzeichnet ihre weittragende Bedeutung, indem sie sagt, daß sie zu den wichtigsten politischen Diskussionen gehören, die sie eine Regierung zu führen hat; deshalb verdienen sie die sorgfältigste Würdigung aller um den Wiederaufbau Deutschlands besorgten Kreise. Zunächst soll abermals mit Vertretern der Bankwelt und mit solchen der Landwirtschaft verhandelt werden.

Auf Einzelheiten der hier erwohnen Pläne geht die amtliche Auslassung nicht ein. Man weiß aber, daß es sich um nichts weniger als um die Aufnahme einer privaten Goldanleihe im Ausland auf den Kredit der ganzen deutschen Wirtschaft, besonders also der Industrie und der Landwirtschaft, handelt. Auf diesem Wege will man einmal die Erfüllung unserer Reparationsverpflichtungen auf Jahr und Tag hinaus sicherstellen und vom Devisenmarkt unabhängig machen; zum andern will man gegen das maßlose Treiben der Devisenspekulanten damit einen festen Damm aufwerfen. So hofft man den katastrophalen Niedergang des Marktkurses aufzuhalten und die Reichsmark wieder in die Höhe zu bringen. Aber auch daraus wird kein Hehl gemacht, daß die Verwirklichung dieses Planes auf die Steuerverhältnisse der Reichsregierung tief-einschneidenden Einfluß ausüben müßte. Denn wenn die angegebenen Wirtschaftskreise „mit besonderen Opfern“ an der Ausbringung der Goldmilliarde für die Entente mitwirken sollen, muß ihre Heranziehung zu Steuerzwecken in anderer Weise, als bisher beabsichtigt war, geregelt werden. Darüber hinaus ist sogar schon der Überzeugung Ausdruck gegeben worden, daß die Verwirklichung dieser Gedanken unbedingt auch zu einer Erweiterung der Regierungsgrundlage im Reiche wie in Preußen führen müsse. Der Reichskanzler soll diesen Gedanken auch durchaus zustimmend aufgenommen haben, und es wird berichtet, daß der Reichspräsident, der die Führer der sozialdemokratischen Partei in diesen Tagen abermals empfangt, auf sie in der gleichen Richtung einzuwirken suchte, ein Vorgehen,

das angesichts des unmittelbar bevorstehenden Parteitages in Berlin von besonderer Bedeutung ist.

Unverkennbar werden diese Mitteilungen von amtlicher Stelle mit einer gewissen Hoffnungsfreudigkeit ausgestattet. Diese wird nicht allenthalben geteilt, weder in mitten der politischen Parteien, noch überall in den Wirtschaftskreisen, um die es sich handelt. Der Gedanke der Kreditbeschaffung für das Reich unter Bürgschaft seiner tragfähigsten Wirtschaftskulturn lag ja wohl schon seit langem in der Luft, und es kann natürlich nur dankbar begrüßt werden, wenn jetzt endlich die führenden Männer aus Industrie, Bankwelt und Landwirtschaft zu seiner Verwirklichung geschritten sind. Sie beweisen damit durch die Tat, daß sie dem Reiche in seiner großen Not wirksam zu Hilfe kommen wollen und bereit sind, um des Reiches willen alles nur Denkbare zu tun, damit dieser vielversprechende Anfang nicht wieder ergebnislos im Sande verläuft. Vielleicht ist es ein praktischer Weg zu einer fähbaren „Entgiftung“ unseres öffentlichen Lebens — die wir mindestens ebenso dringend nötig haben wie die Erfüllung unserer Reparationsverpflichtungen an die Entente.

### Bayerns innerpolitische Lage.

Unkontrollierbare Gerüchte.

Die durch Reichskanzler Dr. Wirth im Überwachungs-ausschuß des Reichstages vorgetragene Angabe des Staatskommissars Dr. Wehmann über den Aufenthalt und die Begünstigung von Kappführern in Bayern finden dort lebhaften Widerspruch. Der bayerische Justizminister Dr. Roth erklärte in einer Versammlung, daß er weder den Kapitän Ehrhardt noch den Oberst Bauer noch den Major Babs kennen, und daß daher die Mitteilung des preußischen Staatskommissars unrichtig sei. Der Münchener Polizeipräsident Voegner erklärte auf die Beschuldigung, daß der Kapitän Ehrhardt im Münchener Polizeipräsidium ein und aus gehe, daß sei eine uraltie Angelegenheit, wegen welcher bereits der Abg. Saenger ein Strafverfahren gegen ihn anhängig gemacht habe. Er habe deshalb keine weitere Erklärung abzugeben. Wahrscheinlich sei Wehmann getäuscht worden.

Von anderer Seite werden eine Menge Gerüchte verbreitet, nach denen der St. der Umtriebe gegen die Republik auf dem Schloss Neudauern in Südbayern gewesen wäre. Dort sei auch der ungarische Staatsverweiser Horváth häufiger Gast gewesen, ebenso die Kappführer Bauer, Ehrhardt, Babs. Auch habe eine Entente-großmacht die Pläne begünstigt, die auf eine Vereinigung Bayerns, Ungarns und Deutsch-Osterreichs zu einer Monarchie und zur Wiederherstellung des Hauses Wittelsbach gerichtet gewesen wäre. Die Angaben klingen freilich so phantastisch, daß ihnen in ernsthaften Kreisen weder links noch rechts Glauben geschenkt wird.

Der bayerische Landtag tritt am 21. September zur Wahl des Ministerpräsidenten zusammen.

### Aufklärung verlangt.

Der ständige Ausschuß des bayerischen Landtages hat einstimmig einen demokratischen Antrag angenommen, der von der bayerischen Regierung verlangt, daß sie dem bayerischen Parlament über die im Überwachungs-ausschuß des Reichstages gegen den bayerischen Minister Dr. Roth und den Münchener Polizeipräsidenten Voegner erhobenen Anschuldigungen Aufschluß gebe. — Im Münchener Gemeinderat wurde ein Antrag eingebracht, vom Polizeipräsidenten Maßnahmen zu erwirken, welche die Zuwanderung und Niederlassung von unläuteren Elementen, wie im Falle Erdberger, verhindern. Zugleich soll Aufschluß eingeholt werden, wie es möglich war, daß trotz der bekannten Tätigkeit der Münchener Fremden-polizei die Röder und die jetzt verhafteten Personen nach München zuziehen und sich aufhalten konnten.

### Die Verteuerung der Lebenshaltung.

Anwachsen der Großhandelspreise.

Nach einer halbamtlichen Darstellung ist die Großhandelsindexziffer des statistischen Reichsamts von 1425 im Durchschnitt des Monats Juli auf 1909 im Durchschnitt des Monats August gestiegen. Die sog. Indexziffer wird dadurch gewonnen, daß man den Stand der Preise vor dem Kriege mit demjenigen von heute in Vergleich stellt. Der Friedensstand wird dabei mit 100 angesetzt. Wird also im Juli die Summe 1425 gefunden, so bedeutet das, daß die Preise 14% höher sind als im Frieden. Verzeichnet der August ein Steigen der Indexziffer auf 1909, so sind die Preise über 19mal so hoch als vor dem Kriege. An der diesmaligen Erhöhung sind ausnahmslos alle Gruppen beteiligt, und zwar steigen: Getreide und Kartoffeln von 1096 auf 2033; Fleisch, Fisch und Fette von 1633 auf 1762; Kolonialwaren von 1447 auf 1731; landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 1245 auf 1949; ferner: Häute und Leder von 1729 auf 1791; Textilien von 1991 auf 2193; Metalle von 1581 auf 1673; Kohle und Eisen von 1740 auf 1774; Industriehölzer zusammen von 1763 auf 1834.

Annäherung an die Weltmarktpreise.

Die außerordentliche Steigerung der Großhandelsindexziffer gegenüber dem Vormonat ist nach der halbamtlichen Stelle zunächst hervorgerufen durch die geldwirtschaftlichen Vorgänge, die im Anschluß an die dem Feindbunde geleistete 1 Milliarde-Goldmark-Zahlung eingetreten sind

und die gleichzeitig eine gewisse Wiederbelebung der industriellen Erzeugung und damit der Nachfrage nach Rohstoffen nach sich zogen. Vor allem aber ist die Ziffer beeinflusst durch die freien Getreidepreise, die erstmalig im August neben den Umlagepreisen an Stelle der bisher künstlich niedriggehaltenen Getreidepreise zu berücksichtigen waren. Die Preislage der deutschen Volkswirtschaft erhält jetzt die auch auf dem Weltmarkt bestehende Struktur, die durch den übertragenden Preisstand der landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegenüber demjenigen der Industriehölzer gekennzeichnet ist.

Das Steigen der Großhandelspreise bezeichnet natürlich nicht die Verteuerung der Waren in der Wirklichkeit, da die Waren dem Verbraucher ja erst durch den Kleinhandel vermittelt werden. Und der Kleinhandel will und muß doch leben, also nochmals einen gewissen Prozentsatz hinzurechnen, so daß die tatsächliche augenblickliche Verteuerung nicht bei dem 19fachen des Friedensstandes stehen bleibt, sondern wohl ohne Bedenken als mindestens 25 fach anzusehen ist.

### Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

#### Die Frage der Sanktionen am Rhein.

Der 15. September brachte die versprochene Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen nicht, und die deutsche Regierung erhob sofort Protest. Nun scheint es aber doch, als ob England ein weiteres Ausschreiten an der Seite des über alle Versprechen und Abmachungen hinwegstumpfenden Frankreichs einigermassen für bedenklich hielt. So wird aus Opladen gemeldet, daß die englischen Zollbeamten beim Zollamt Opladen ihre Abberufung erhalten haben. Zu gleicher Zeit erfährt man, daß die belgischen Truppen, die im Mai nach Deutschland geschickt wurden, um das Ruhrgebiet zu besetzen, in ihre Garnisonsstädte zurückgekehrt sind. Die im Landkreise Solingen stehende 13. englische Infanterie-Division teilte den Verwaltungsbehörden mit, daß die von ihr mit Einquartierung belegten Orte geräumt werden. Die Räumung hat bereits begonnen. Französische Blätter erklären allerdings noch immer mit Brustton, die Sanktionen müßten aufrechterhalten werden, da Deutschland keine „Mitarbeit“ bei der Regelung geleistet habe. Um Gründe ist man in Paris nie verlegen, wenn es sich um die Verteuerung deutscher Reichsansprüche handelt.

#### Ruhe bei den Engländern in Oberschlesien.

In London eingetroffene Meldungen besagen, daß in der britischen Zone in Oberschlesien völlige Ruhe herrscht. General Henniker, der Befehlshaber der britischen Truppen, hat sein Hauptquartier nach Groß-Strehlitz verlegt. Seit dem Eintreffen der englischen Verpfähungsgruppen sind einige Veränderungen in der Verteilung der Truppen vorgenommen worden.

#### Gegen verfassungseindliche Organisationen.

Der preussische Minister des Innern, Dominicus, berät, wie in Berlin verlautet, mit dem Staatskommissar für die öffentliche Ordnung und den in Frage kommenden Polizeiorganen die Form des weiteren Vorgehens gegen die Bildung verfassungseindlicher Organisationen in Preußen, besonders in der Provinz Schlesien.

#### Zeitungs- und Versammlungsverbote.

Wie mitgeteilt wird, sind bisher insgesamt 28 Zeitungen in Anwendung der Verordnung vom 29. August verboten worden. Es gingen 15 Beschwerden ein, davon 6 wegen rechtlicher Bedenken gegen die rückwirkende Kraft der Verordnung, 9 wurden durch Eingreifen des Reichsministers des Innern erledigt. Zusammen wurden 20 Verbote aufgehoben, davon 5 aus Willkürgründen. Ferner wurden 25 Versammlungen von Ortsbehörden und zwei vom Reichsministerium des Innern verboten. Hiergegen wurden nur fünf Beschwerden eingelegt.

#### Schweiz.

„Für die Abrüstung wird nichts getan.“ Das war der Leitsatz der Ausführungen des norwegischen Delegierten Langer, die er in einer großen Rede in der Völkerbundsversammlung vertrat. Aus den früheren Beschlüssen sei nichts geworden, sie seien unter den Tisch gefallen. Der Redner forderte die Entziehung der Abrüstungsfrage aus den Händen der Militärs. Es seien aber die Mächte, welche die Unruhe in der Welt hervorbrachten, Mißtrauen säen und uns dazu führen, daß jeder Staat in seinem Nachbar einen Feind erblickt. Wenn man nicht ernst in der Abrüstungsfrage vorwärtsschreite, werde die Krise, die den Völkerbund bedrohe, ihm verhängnisvoll werden.

#### Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Scheimrat Cuno, hat in einem Briefe an den Reichspräsidenten sich für die Beibehaltung der schwarz-weiß-rotten Handelsflagge ausgesprochen.

Berlin. Die von zuständiger Stelle verlautet, ist der Gesetzentwurf über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen (Grundsteuer) dem preussischen Staatsrat zugegangen.

Bremen. Wie nunmehr feststeht, wird der Deutsch-demokratische Parteitag vom 11. bis 14. November dieses Jahres in Bremen abgehalten werden.

Paris. Nach einer Meldung aus Moskau hat das russische Volkskommissariat nach Moskauer Nachrichten das Villsange-

stelle.

n das Streit-  
en sind nach Ude,  
e Bereinigung der  
daß sie den Appell  
enbahnen verlan-  
en für die Gegen-  
billige. In meh-  
en ausgedröhen.

g & Güte in Naunhof

O

umuh  
eldorf

träge

Gartenarbeiten, so-  
von Gärten, welche  
ausgeführt werden  
ni entgegen

rTheuring  
pflanzgärtner  
b. Naunhof

ixin



s Fabrikate

ngroshandel zu  
urch die Firma  
Bislich,  
ipzig, Tel. 136.

äfftige  
kziege

u verkaufen  
Schillerstraße 7.

enklager  
Schwager

ner

benen.

ags 3 Uhr